Deutscher Bundestag
2. Wahlperiode
1953

Drucksache 1990

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
8 — 97101 — 3514/55

Bonn, den 23. Dezember 1955

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Anbei übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über das Internationale Übereinkommen zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, 1954

nebst Begründung. Beigefügt sind ferner der englische und französische Text sowie die deutsche Übersetzung des Übereinkommens. Ich bitte, die Beschlußfassung des Bundestages herbeizuführen.

Der Bundesrat hat in seiner 151. Sitzung am 21. Dezember 1955 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Federführend sind der Bundesminister für Verkehr und der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Dr. h. c. Blücher

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg,
Rheinallee 20, Telefon 3551

Entwurf eines Gesetzes

über das Internationale Übereinkommen zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, 1954

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in London am 12. Mai 1954 unterzeichneten Internationalen Übereinkommen zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, 1954, wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Vorschriften des Übereinkommens und der Artikel 3 bis 7 dieses Gesetzes gelten auch für die Schiffe im öffentlichen Dienst des Bundes, eines zum Bund gehörigen Landes oder einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft oder Anstalt mit Sitz im Geltungsbereich des Grundgesetzes, jedoch mit Ausnahme der Kriegsschiffe.

Artikel 3

Der Bundesminister für Verkehr wird ermächtigt, zur Durchführung des Übereinkommens sowie bei Änderungen nach Artikel XVI oder Anhang A Nr. 3 des Übereinkommens durch Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundesrates Vorschriften zu erlassen über

1. den Ölgehalt der Gemische, für welche Artikel III des Übereinkommens nicht gilt,
2. die Maßnahmen, die das Eindringen von Heizöl oder schwerem Dieselöl in die Bilgen verhindern,
3. die technischen Anforderungen an Ölseparatoren,
4. die Form und Führung der Öltagebücher,
5. das bei Mitteilungen nach Artikel X des Übereinkommens zu beobachtende Verfahren,
6. die Grenzen der Verbotszonen mit Ausnahme derjenigen der Nord- und Ostsee.

Artikel 4

Aufgabe des Bundes ist es,

1. auf den vom Bund verwalteten Wasserstraßen und in den bundeseigenen Häfen die Öltagebücher zu prüfen,
2. die technischen Vorkehrungen zu überwachen, die nach Artikel VII des Übereinkommens und durch Rechtsverordnungen nach Artikel 3 Abs. 1 Nr. 2 und 3 vorgeschrieben sind.

Artikel 5

Das Grundrecht des Artikels 13 des Grundgesetzes über die Unverletzlichkeit der Wohnung wird eingeschränkt, soweit es der nach Artikel IX Abs. 2 des Übereinkommens begründeten Befugnis der zuständigen Behörden zur Einsichtnahme des Öltagebuchs auf dem Schiff entgegensteht.

Artikel 6

(1) Mit Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. gegen die Reinhaltungsvorschriften des Artikels III Abs. 1 und 2 des Übereinkommens,
2. als Reeder oder Ausrüster gegen die Vorschriften der nach Artikel 3 Abs. 1 Nr. 2 und 3 erlassenen Rechtsverordnungen

verstößt.

(2) Mit Geldstrafe bis zu eintausend Deutsche Mark wird bestraft, wer als Schiffsführer vorsätzlich oder fahrlässig die vorgeschriebenen Eintragungen in das Öltagebuch unterläßt oder wahrheitswidrige Eintragungen macht.

Artikel 7

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

Artikel 8

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel XV für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Die technische Entwicklung hat dazu geführt, daß Erdöl und dessen Derivate in ständig steigendem Umfang über See transportiert werden und der Seeschiffahrt als Treibstoff dienen. Um die Ölrückstände aus den Tanks und den Bilgen der Schiffe auf möglichst einfache und zeitsparende Weise zu entfernen, wurden sie bisher in die See gelenzt. Dieses Verfahren hat jedoch im Laufe der Zeit zu erheblicher Beeinträchtigung der Lebewesen geführt, die das Meer zur Erhaltung oder Förderung ihres Lebens benötigen.

Das gesamte Gebiet der deutschen Nord- und Ostseeküste, die vorgelagerten Inseln und die Unterläufe der schiffbaren Flüsse haben durch die Ölverschmutzung außerordentlich zu leiden. Die Erholung der Badegäste wird durch Beschmutzungen von Körper und Kleidung beeinträchtigt, die Seebäder haben durch das Fernbleiben vieler Gäste und durch zusätzliche Aufwendungen für die Reinigung ihres Strandes, der Badeanlagen sowie für Schadensersatzansprüche erhebliche Verdienstausfälle. Seevögel, deren Gefieder durch das Öl verklebt, gehen fortlaufend — in einzelnen Fällen zu Tausenden — ein. Die Einwirkungen des Öls auf den Bestand der sonstigen Meeresfauna und -flora sind in ihrem Umfang noch nicht zu überblicken.

Das Problem der Ölverschmutzung der See wurde bereits vor mehr als 30 Jahren erkannt und untersucht. Den ersten Versuch, das Problem auf internationaler Basis zu lösen, unternahmen die USA im Jahre 1922. In einer Entschließung des Kongresses der USA wurde dem Präsidenten die Einberufung einer internationalen Konferenz der schiffahrttreibenden Nationen vorgeschlagen, um Abwehrmaßnahmen gegen die zunehmende Ölverschmutzung zu vereinbaren. Diese Entschließung wurde vom damaligen Präsidenten W. G. Harding gebilligt. Nach umfangreichen Vorbereitungen fand 1926 in Washington die erste Konferenz über die Ölverschmutzung der See statt. Sie führte jedoch nicht zu bindenden Beschlüssen, sondern lediglich zu Empfehlungen, in Zonen von 50 sm Breite vor allen Küsten kein Öl in die See abzulassen. Eine Reihe von Nationen hat sich an diese Empfehlung gehalten; allgemein durchgesetzt hat sie sich jedoch nicht.

1934 befaßte sich auch der Völkerbund mit dem Problem der Ölverschmutzung. Er setzte einen Sachverständigenausschuß ein, der eine internationale Konferenz vorbereiten sollte. Der Ausschuß fertigte einen Entwurf einer Konvention, in welcher die Erweiterung gewisser Verbotszonen auf 150 sm, die Ausrüstung neuer Schiffe mit Separatoren und die Einrichtung von Ölauffanganlagen in den Häfen vorgesehen war. Der Völkerbundsrat beschloß daraufhin im Jahre 1936, diesen Konventionsentwurf in einer internationalen Konferenz zur Beschlußfassung vorzulegen. Diese Konferenz kam jedoch nicht zustande.

Nach dem zweiten Weltkrieg nahm sich die UNO der Untersuchung des Problems an. Bevor jedoch diese Arbeiten zu konkreten Ergebnissen führten, ergriff mit ausdrücklicher Billigung des Generalsekretärs der UNO die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland

die Initiative zu einer internationalen Verständigung. Sie stützte sich auf die Ergebnisse der Arbeiten, die ein von ihr eingesetzter Ausschuß unter Leitung des Unterstaatssekretärs Faulkner im Juli 1953 mit dem sogenannten Faulkner-Bericht abgeschlossen hatte.

Vom 26. April bis 12. Mai 1954 fand dann in London auf Einladung der Regierung des Vereinigten Königreichs die Konferenz zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl statt. 32 Nationen, die insgesamt 90 v.H. der Welthandelsschiffstonnage besitzen, hatten Delegationen entsandt, und zwar außer der Bundesrepublik Deutschland die Staaten: Australien, Belgien, Brasilien, Canada, Ceylon, Chile, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Indien, Irland, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, Liberia, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Panama, Polen, Portugal, Schweden, Spanien, UdSSR, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika, Venezuela. Beobachter hatten entsandt: Ägypten, Argentinien, Burma, Costarika, Kuba, Pakistan, Schweiz, Südafrikanische Union, Türkei und Uruguay, ferner die UNO und die FAO. Die Vollversammlung wurde von Staatssekretär Sir Gilmour Jenkins, der Hauptausschuß von Unterstaatssekretär Faulkner geleitet. Der Hauptausschuß bildete im Laufe der Verhandlungen noch folgende Unterausschüsse: den Tankerausschuß, den Ausschuß für Ölseparatoren, den Ausschuß für Untersuchungen über die Beständigkeit von Ölarten, den Rohölausschuß, den Ausschuß für Einrichtungen in den Häfen, den Ausschuß für Verbotszonen und den Redaktionsausschuß.

Ergebnisse der Konferenz waren

I. das „Internationale Übereinkommen zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, 1954", bestehend aus 21 Artikeln, einem Anhang A, betreffend Verbotszonen, und einem Anhang B, enthaltend das Muster des Öltagebuchs;

II. acht Entschließungen, die dem Schlußprotokoll als besonderer Anhang beigefügt wurden und die im einzelnen betreffen:

1. die möglichst baldige und gänzliche Einstellung des Ablassens beständiger Öle in die See,
2. die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens auf Schiffe, die nicht unter dieses Übereinkommen fallen,
3. die Förderung der Entwicklung und des Einbaus leistungsfähiger Ölwasserseparatoren an Bord, sowie die Ausarbeitung technischer Vorschriften für solche Separatoren,
4. die Schaffung von Auffanganlagen für Ölrückstände in Reparatur- und Ölladehäfen,
5. die Ausarbeitung von Leitfäden zur Verhinderung der Ölverschmutzung,
6. Übergangsmaßnahmen bis zum Inkrafttreten des Übereinkommens,
7. die Bildung nationaler Ausschüsse gegen die Ölverschmutzung,
8. die Sammlung und Verbreitung technischen Materials über die Ölverschmutzung durch die zuständige Stelle der Vereinten Nationen.

Die Konferenzteilnehmer waren sich darüber einig, daß die Ölverschmutzung wirksam nur durch ein allgemeines Verbot bekämpft werden kann, beständige Öle in das Meer zu pumpen. Da aber ein derartiges Verbot erst dann in Erwägung gezogen werden kann, wenn auf den Seeschiffen die notwendigen Einrichtungen geschaffen und in den Haupthäfen Auffanganlagen für Ölrückstände eingerichtet worden sind, hat die Konferenz von der Festsetzung eines bestimmten Zeitpunktes, von dem ab das Ablassen von beständigen Ölen in die See vollständig verboten sein soll, abgesehen und zunächst bestimmte Verbotszonen festgelegt. Sie hat jedoch mit den erwähnten Entschließungen allen beteiligten Ländern empfohlen, so schnell wie möglich entsprechende Einrichtungen auf den Schiffen und in den Häfen zu schaffen. Sie hat ferner beschlossen, daß nach drei Jahren auf einer weiteren Konferenz die Erfahrungen, die inzwischen bei der Durchführung der Empfehlungen dieser Konferenz gemacht worden sind, erörtert werden sollen.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat das Übereinkommen bereits ratifiziert.

Auch andere Staaten, insbesondere Belgien, Schweden, Dänemark und die Niederlande, sind bestrebt, möglichst bald zu ratifizieren. Da zum Inkrafttreten des Übereinkommens nach seinem Artikel XV der Beitritt von zehn Staaten, davon fünf mit je 500 000 BRT Tankertonnage, benötigt wird, muß auch die baldige Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland erstrebt werden, dies um so

mehr, als gerade die deutschen Küsten und Küstengewässer durch die Ölverschmutzung sehr weitgehend betroffen sind.

Zu Artikel 1

Satz 1 enthält die für das Übereinkommen nach Art. 59 Abs. 2 GG erforderliche Zustimmung. Satz 2 verweist auf das mit dem Gesetz veröffentlichte Übereinkommen. Das Schlußprotokoll der Konferenz nebst den gefaßten 8 Entschließungen (s. oben) sollen zwecks Entlastung des Bundesgesetzblattes im Bundesanzeiger und im Verkehrsblatt veröffentlicht werden.

Zu Artikel 2

Artikel 2 schreibt vor, daß das Gesetz auch für Schiffe des öffentlichen Dienstes gilt. Diese Vorschrift ist notwendig, da das Übereinkommen nach seinem Artikel II sich nur auf registrierte Schiffe bezieht, die Schiffe des öffentlichen Dienstes aber nach § 10 Abs. 3 der Schiffsregisterordnung vom 26. Mai 1951 (BGBl. I S. 359) nicht zur Eintragung angemeldet zu werden brauchen und nur in Ausnahmefällen eingetragen sind. Obwohl sich der somit erweiterte sachliche Geltungsbereich des Gesetzes grundsätzlich auch auf die Kriegsschiffe erstrecken soll, sind letztere ausdrücklich ausgenommen worden, weil sie wegen der Besonderheiten ihrer Bauart und ihres Einsatzes nicht so streng an das Gesetz und die erforderlichen technischen Durchführungsvorschriften gebunden werden können, wie andere Schiffe. Es ist daher vorgesehen, die für Kriegsschiffe erforderlichen Vorschriften im Verwaltungswege zu erlassen.

Zu Artikel 3

Artikel 3 ermächtigt den Bundesminister für Verkehr in bestimmtem Umfange zum Erlaß von Rechtsverordnungen.

Rechtsverordnungen auf Grund von Nr. 2 und 3 werden zur Ergänzung der Rahmenvorschrift des Artikels VII erforderlich sein, der ohne Angabe technischer Einzelheiten für die Schiffe bestimmte Einbauten vorsieht, und zwar wahlweise entweder Vorkehrungen, die das Eindringen von Öl in die Schiffsbilgen verhindern, oder Ölwasserseparatoren, mit denen das in den Bilgen auftretende Gemisch aus Wasser und Öl beim Lenzen wieder getrennt wird, so daß nur gereinigtes Wasser in die See gelangt.

Die Ermächtigung der Nr. 4 wird der Ergänzung des Artikels IX des Übereinkommens dienen, der die Führung eines Öltagebuchs vorsieht, und dafür lediglich im Anhang B ein Muster für die einzelnen Seiten des Tagebuchs festlegt.

Mit allen Ermächtigungen (Nr. 1 bis 6) wird ferner der Zweck verfolgt, naheliegenden Änderungen des Übereinkommens, die auf dem in Artikel XVI Abs. 1 und 2 vorgesehenen Wege zustande kommen, Rechnung tragen zu können, und damit zu verhindern, daß die Bundesregierung bei entsprechenden Änderungsvorschlägen genötigt wird, zunächst zu widersprechen, obwohl die Änderung als berechtigt anzuerkennen ist.

Die Ermächtigung der Nr. 6, die Grenzen der Verbotszonen im Verordnungswege zu ändern, ist eingeschränkt worden, da Vorschläge, welche die Breite der Verbotszonen der Nord- und Ostsee ändern, insbesondere verringern wollen, die Interessen des Bundes und namentlich der Küstenländer so weitgehend berühren, daß dem Gesetzgeber nicht vorgegriffen werden darf und demgemäß solchen Änderungsvorschlägen zunächst widersprochen werden muß.

Zu Artikel 4

Artikel 4 ist erforderlich, um den Bund in der durch Art. 89 Abs. 2 Satz 2 GG vorgeschriebenen Form und in Anpassung an die Grundlinien der bisherigen Zuständigkeitsregelung in die Lage zu versetzen, die genannten Verwaltungsaufgaben auszuführen.

Zu Artikel 5

Die Vorschrift ist nach Art. 19 Abs. 1 GG erforderlich, da das den zuständigen Behörden nach Artikel IX Abs. 2 des Übereinkommens eingeräumte Recht, das Schiff zur Prüfung des Öltagebuchs zu betreten, das Grundrecht des Art. 13 GG, wenn auch nur geringfügig, einschränkt.

Zu Artikel 6

Um den Vorschriften des Gesetzes über die Reinhaltung der See (Artikel III bis V des Übereinkommens) Nachdruck zu verleihen, muß die Zuwiderhandlung fühlbar geahndet werden können. Nach Artikel VI des Übereinkommens soll für die Verunreinigung der hohen See außerhalb der territorialen Gewässer ein Strafrahmen aufgestellt werden, der

nicht geringer ist als derjenige, der für die Ölverschmutzung inländischer Gewässer vorgesehen ist. Auf den inländischen Seeschiffahrtsstraßen ist das Ablassen von Öl und Ölrückständen nach § 59 Abs. 2 der Seeschiffahrtsstraßen-Ordnung vom 6. Mai 1952 (BGBl. II S. 553) in Verbindung mit § 366 Nr. 10 des Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 150 DM oder Haft bis zu 14 Tagen bedroht; es handelt sich dabei also um einen Übertretungstatbestand. Der Strafrahmen kann nicht mehr als ausreichend angesehen werden und soll durch das in Vorbereitung befindliche Gesetz über die Reinhaltung der Bundeswasserstraßen möglichst unter Anpassung an die in diesem Artikel vorgesehene Ahndung geändert werden.

Für die Strafandrohung des Absatzes 1 sind ergänzend die Vorschriften des § 27 Abs. 2 Nr. 1 sowie der §§ 27 a und 27 c des Strafgesetzbuches maßgeblich. Art und Umfang der Strafandrohung rechtfertigen sich aus dem Umstand, daß durch rechtswidriges Verhalten besondere Gewinne oder Ersparnisse erzielt werden können und oft erstrebt werden (vgl. dazu den ersten Absatz der Begründung).

Für den Vergehenstatbestand des Absatzes 2 erscheint eine auf 1000 DM beschränkte Strafandrohung ausreichend, aber zur genügenden Abschreckung auch erforderlich.

Zu Artikel 7

Der Artikel enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 8

Der Artikel enthält die nach Art. 82 Abs. 2 Satz 1 GG erforderliche Bestimmung über das Inkrafttreten des Gesetzes.

(Übersetzung)

International Convention for the Prevention of Pollution of the Sea by Oil, 1954

The Governments represented at the International Conference on Pollution of the Sea by Oil held in London from 26th April, 1954, to 12th May, 1954,

Desiring to take action by common agreement to prevent pollution of the sea by oil discharged from ships, and considering that this end may best be achieved by the conclusion of a Convention,

Have accordingly appointed the undersigned plenipotentiaries, who, having communicated their full powers, found in good and due form, have agreed as follows:—

Article I

(1) For the purposes of the present Convention, the following expressions shall (unless the context otherwise requires) have the meanings hereby respectively assigned to them, that is to say:—

"The Bureau" has the meaning assigned to it by Article XXI;

"Discharge" in relation to oil or to an oily mixture means any discharge or escape howsoever caused;

"Heavy diesel oil" means marine diesel oil, other than those distillates of which more than 50 per cent. by volume distils at a temperature not exceeding 340° C. when tested by A.S.T.M. Standard Method D.158/53;

"Mile" means a nautical mile of 6080 feet or 1852 metres;

"Oil" means crude oil, fuel oil, heavy diesel oil and lubricating oil, and "oily" shall be construed accordingly.

(2) For the purposes of the present Convention the territories of a Contracting Government mean the territory of the country of which it is the Government and any other territory for the international relations of which the Government is responsible and to which the Convention shall have been extended under Article XVIII.

Article II

The present Convention shall apply to sea-going ships, registered in any of the territories of a Contracting Government, except

(i) ships for the time being used as naval auxiliaries;

Convention Internationale pour la Prevention de la Pollution des Eaux de la Mer par les Hydrocarbures, 1954

Les Gouvernements représentés à la Conférence Internationale pour la Prévention de la Pollution des Eaux de la Mer par les Hydrocarbures réunie à Londres du 26 avril au 12 mai 1954,

Désireux d'entreprendre une action commune pour prévenir la pollution des eaux de la mer par les hydrocarbures rejetés des navires, et considérant que le meilleur moyen d'atteindre ce but est la conclusion d'une Convention,

Ont désigné les Plénipotentiaires soussignés qui, ayant communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont agréé les dispositions suivantes:

Article I

(1) Aux fins de la présente Convention, les expressions suivantes (sous réserve de tout autre sens commandé par le contexte) ont respectivement la signification ci-après, à savoir:

« Le Bureau » est pris au sens qui lui est attribué par l'Article XXI;

« Rejet, » lorsqu'il s'agit d'hydrocarbures ou d'un mélange d'hydrocarbures, signifie tout déversement ou fuite, quelle qu'en soit la cause;

« Huile diesel lourde » signifie l'huile diesel employée par les navires, dont la distillation à une température n'excédant pas 340° C, lorsque soumise à l'épreuve de la méthode standard A.S.T.M., D158/53, réduit le volume de 50 pour cent au plus;

« Mille » signifie mille marin de 6.080 pieds, soit de 1.852 mètres;

« Hydrocarbure » signifie pétrole brut, fuel-oil, huile diesel lourde ou huile de graissage.

(2) Aux fins de la présente Convention, les territoires relevant d'un Gouvernement contractant comprennent le territoire du pays de ce Gouvernement, ainsi que tout autre territoire dont les relations internationales relèvent de la responsabilité de ce Gouvernement et auquel la Convention aura été étendue en application de l'Article XVIII.

Article II

La présente Convention s'appliquera aux navires de mer immatriculés dans l'un quelconque des territoires relevant d'un Gouvernement contractant, à l'exception:

(i) des navires employés comme navires auxiliaires de la Marine pendant la durée de ce service;

Internationales Übereinkommen zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, 1954

Die Regierungen, die auf der Internationalen Konferenz für Fragen der Verschmutzung der See durch Öl in London vom 26. April 1954 bis zum 12. Mai 1954 vertreten waren,

haben in dem Wunsch, im gemeinsamen Einvernehmen zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, das von Schiffen abgelassen wird, Maßnahmen zu treffen und in der Auffassung, daß dieser Zweck am besten durch den Abschluß eines Übereinkommens erreicht werden kann,

die unterzeichneten Bevollmächtigten ernannt, die nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen sind:

Artikel I

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens haben die nachstehenden Ausdrücke (soweit der Zusammenhang nichts anderes erfordert) folgende Bedeutung:

„Das Büro" hat die in Artikel XXI festgelegte Bedeutung;

„Ablassen" in bezug auf Öl oder ölhaltige Gemische bedeutet jedes Ablassen oder Ausfließen ohne Rücksicht auf seine Ursache;

„Schweres Dieselöl" bedeutet Schiffsdieselöl mit Ausnahme solcher Destillate, bei denen bei der Untersuchung nach der A.S.T.M. Standard Methode D. 158/53 mehr als 50 Volumen-% unterhalb 340° C destillieren;

„Meile" bedeutet eine Seemeile von 6080 Fuß oder 1852 Meter;

„Öl" bedeutet Rohöl, Heizöl, schweres Dieselöl und Schmieröl; der Begriff „ölhaltig" ist entsprechend auszulegen.

(2) Im Sinne dieses Übereinkommens ist unter den Gebieten einer Vertragschließenden Regierung das Gebiet des Staates zu verstehen, dessen Regierung sie ist, sowie jedes sonstige Gebiet, für dessen zwischenstaatliche Beziehungen diese Regierung verantwortlich ist, und auf welches das Übereinkommen nach Artikel XVIII ausgedehnt wird.

Artikel II

Dieses Übereinkommen gilt für Seeschiffe, die im Gebiet einer Vertragschließenden Regierung registriert sind; ausgenommen sind

(i) Schiffe, solange sie als Hilfsschiffe der Kriegsmarine verwendet werden;

(ii) ships of under 500 tons gross tonnage;

(iii) ships for the time being engaged in the whaling industry;

(iv) ships for the time being navigating the Great Lakes of North America and their connecting and tributary waters as far east as the lower exit of the Lachine Canal at Montreal in the Province of Quebec, Canada.

Article III

(1) Subject to the provisions of Articles IV and V, the discharge from any tanker, being a ship to which the Convention applies, within any of the prohibited zones referred to in Annex A to the Convention in relation to tankers of—

(a) oil;

(b) any oily mixture the oil in which fouls the surface of the sea,

shall be prohibited.

For the purposes of this paragraph the oil in an oily mixture of less than 100 parts of oil in 1,000,000 parts of the mixture shall not be deemed to foul the surface of the sea.

(2) Subject to the provisions of Articles IV and V, any discharge into the sea from a ship, being a ship to which the Convention applies and not being a tanker, of oily ballast water or tank washings shall be made as far as practicable from land. As from a date three years after the date on which the Convention comes into force, paragraph (1) of this Article shall apply to ships other than tankers as it applies to tankers, except that:—

(a) the prohibited zones in relation to ships other than tankers shall be those referred to as such in Annex A to the Convention; and

(b) the discharge of oil or of an oily mixture from such a ship shall not be prohibited when the ship is proceeding to a port not provided with such reception facilities as are referred to in Article VIII.

(3) Any contravention of paragraphs (1) and (2) of this Article shall be an offence punishable under the laws of the territory in which the ship is registered.

Article IV

(1) Article III shall not apply to:—

(a) the discharge of oil or of an oily mixture from a ship for the purpose of securing the safety of the ship, preventing damage to the ship or cargo, or saving life at sea; or

(ii) des navires dont la jauge brute est inférieure à 500 tonneaux;

(iii) des navires utilisés par l'industrie de la pêche à la baleine pendant la durée de ce service;

(iv) de tout navire navigant sur les Grands Lacs d'Amérique du Nord et les eaux qui les relient entre eux ou en sont tributaires et qui s'étendent à l'Est jusqu'au débouché aval du Canal Lachine à Montréal, dans la Province de Québec, Canada, pendant la durée de cette navigation.

Article III

(1) Sous réserve des dispositions des Articles IV et V ci-après, il sera interdit à tout navire-citerne auquel la présente Convention s'applique, de rejeter à la mer, dans les limites de l'une quelconque des zones d'interdiction prévues à l'Annexe A de la Convention pour les navires-citerne, les produits suivants:

(a) hydrocarbures;

(b) tout mélange contenant des hydrocarbures, de nature à souiller la surface de la mer.

Pour l'application de ce paragraphe, un mélange dont la teneur en hydrocarbure est inférieure à 100 parties d'hydrocarbure pour 1.000.000 de parties de mélange ne sera pas considéré comme de nature à souiller la surface de la mer.

(2) Sous réserve des dispositions des Articles IV et V ci-après, tout navire auquel la Convention s'applique et autre qu'un navire-citerne, rejettera aussi loin de terre que faire se peut toutes eaux de nettoyage de soutes et toutes eaux de lest polluées par les hydrocarbures. A l'expiration d'un délai de trois ans suivant la date d'entrée en vigueur de la Convention, le paragraphe (1) du présent Article relatif aux navires-citerne, s'appliquera également aux autres, étant entendu que:

(a) les zones d'interdiction applicables aux navires autres que les navires-citerne seront celles prévues à cet effet à l'Annexe A de la Convention;

(b) le rejet d'hydrocarbures ou de tout mélange contenant des hydrocarbures ne sera pas interdit lorsque le navire aura pour destination un port qui ne sera pas pourvu des installations de réception prévues à l'Article VIII ci-après.

(3) Toute contravention aux paragraphes (1) et (2) du présent Article constituera une infraction punissable par la législation du territoire dans lequel le navire est immatriculé.

Article IV

(1) L'Article III de la présente Convention ne s'appliquera pas:

(a) au rejet d'hydrocarbures ou de tout mélange d'hydrocarbures effectué par un navire pour assurer sa sécurité, éviter une avarie au navire ou à la cargaison, ou sauver des vies humaines en mer; ou

(ii) Schiffe von weniger als 500 Bruttoregistertonnen;

(iii) Schiffe, solange sie im Dienste des Walfangs stehen;

(iv) Schiffe, die vorübergehend die Großen Seen von Nordamerika und deren Verbindungen und Zuflüsse östlich bis zum unteren Ausgang des Lachine-Kanals bei Montreal, Provinz Quebec, Kanada, befahren.

Artikel III

(1) Für Tanker, für die dieses Übereinkommen gilt, ist es vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel IV und V verboten, innerhalb der im Anhang A des Übereinkommens aufgeführten Verbotszonen

a) Öl;

b) ölhaltige Gemische, deren Ölbestandteile die Meeresoberfläche verschmutzen,

abzulassen.

Ölhaltige Gemische, deren Ölgehalt weniger als 0,1 vom Tausend beträgt, fallen nicht unter diese Bestimmung.

(2) Andere Schiffe, für die dieses Übereinkommen gilt, dürfen vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel IV und V ölhaltiges Ballastwasser und Tankwaschwasser nur in möglichst weiter Entfernung von der Küste ablassen. Nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten des Übereinkommens gelten auch für diese Schiffe die Bestimmungen des Absatzes 1 in gleicher Weise wie für Tanker, ausgenommen daß

a) die Verbotszonen für andere Schiffe als Tanker die in Anhang A des Übereinkommens genannten Zonen sind;

b) das Ablassen von Öl oder ölhaltigen Gemischen aus einem solchen Schiff nicht verboten ist, wenn das Schiff sich auf der Reise nach einem Hafen befindet, der nicht mit den in Artikel VIII genannten Auffanganlagen ausgestattet ist.

(3) Jeder Verstoß gegen Absatz 1 und 2 dieses Artikels stellt eine Zuwiderhandlung dar und ist nach den Gesetzen des Gebietes, in dem das Schiff registriert ist, zu bestrafen.

Artikel IV

(1) Artikel III gilt nicht für

a) das Ablassen von Öl oder ölhaltigen Gemischen aus einem Schiff aus Gründen der Schiffssicherheit, zur Verhütung von Schäden an Schiff und Ladung oder zur Rettung von Menschenleben auf See;

(b) the escape of oil, or of an oily mixture, resulting from damage to the ship or unavoidable leakage, if all reasonable precautions have been taken after the occurrence of the damage or discovery of the leakage for the purpose of preventing or minimising the escape;

(c) the discharge of sediment:—

(i) which cannot be pumped from the cargo tanks of tankers by reason of its solidity; or

(ii) which is residue arising from the purification or clarification of oil fuel or lubricating oil,

provided that such discharge is made as far from land as is practicable.

(2) In the event of such discharge or escape as is referred to in this Article a statement shall be made in the oil record book required by Article IX of the circumstances of and reason for the discharge.

(b) au déversement d'hydrocarbures ou de mélanges d'hydrocarbures provenant d'une avarie ou d'une fuite impossible à éviter, si toutes les précautions raisonnables ont été prises après l'avarie ou la découverte de la fuite pour empêcher ou réduire ce déversement;

(c) au rejet de dépôts:

(i) impossibles à pomper hors des citernes de cargaison des navires-citerne en raison de leur densité, ou

(ii) provenant de la purification ou de la clarification de combustible liquide ou d'huile de graissage,

pourvu que ce rejet soit effectué aussi loin de terre que faire se peut.

(2) Mention des circonstances et des causes de ces rejets ou fuites sera faite au registre des hydrocarbures tenu conformément à l'Article IX.

b) das Ausfließen von Öl oder ölhaltigen Gemischen infolge einer Beschädigung des Schiffes oder unvermeidbarer Leckagen, sofern nach Eintritt des Schadensfalls oder Feststellung der Leckage alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden sind, um das Ausfließen zu verhüten oder einzuschränken;

c) das Ablassen von Ölrückständen,

(i) die infolge ihrer Dichtheit aus den Ladetanks von Tankern nicht ausgepumpt werden können;

(ii) die bei Heiz- oder Schmierölreinigungen anfallen,

vorausgesetzt, daß das Ablassen soweit wie möglich von der Küste entfernt erfolgt.

(2) Ist das Ablassen oder Ausfließen auf eine der in diesem Artikel genannten Ursachen zurückzuführen, so sind die Umstände und Gründe in das nach Artikel IX vorgeschriebene Öltagebuch einzutragen.

Article V

Article III shall not apply to the discharge from the bilges of a ship: —

(a) of any oily mixture during the period of twelve months following the date on which the Convention comes into force in respect of the territory in which the ship is registered;

(b) after the expiration of such period, of an oily mixture containing no oil other than lubricating oil.

Article V

L'Article III ne s'appliquera pas au rejet provenant des fonds de cale d'un navire:

(a) de tout mélange contenant des hydrocarbures, effectués pendant la période d'un an suivant la date à laquelle la Convention entrera en vigueur pour le territoire où le navire est immatriculé;

(b) après l'expiration de cette période, d'un mélange ne contenant pas d'autre hydrocarbure que de l'huile de graissage.

Artikel V

Artikel III gilt nicht, wenn aus den Bilgen eines Schiffes

a) ölhaltige Gemische während eines Zeitraums von 12 Monaten nach Inkrafttreten des Übereinkommens für das Gebiet, in dem das Schiff registriert ist,

b) ölhaltige Gemische, die lediglich Schmieröl enthalten, nach Ablauf des genannten Zeitraums

abgelassen werden.

Article VI

The penalties which may be imposed in pursuance of Article III under the law of any of the territories of a Contracting Government in respect of the unlawful discharge from a ship of oil or of an oily mixture into waters outside the territorial waters of that territory shall not be less than the penalties which may be imposed under the law of that territory in respect of the unlawful discharge of oil or of an oily mixture from a ship into such territorial waters.

Article VI

Les pénalités que la législation d'un des territoires relevant d'un Gouvernement contractant imposera, en application de l'Article III, pour les rejets interdits d'hydrocarbures ou de mélanges d'hydrocarbures en dehors de ses eaux territoriales ne devront pas être inférieures à celles que cette législation prévoira pour les mêmes infractions commises dans ses eaux territoriales.

Artikel VI

Die Strafen, welche das Recht eines Gebietes einer Vertragschließenden Regierung im Hinblick auf Artikel III für das unerlaubte Ablassen von Öl oder ölhaltigen Gemischen außerhalb der Hoheitsgewässer des betreffenden Gebietes vorsieht, dürfen nicht geringer sein als die Strafen, die nach dem Recht dieses Gebietes für unerlaubtes Ablassen von Öl oder ölhaltigen Gemischen innerhalb der Hoheitgewässer vorgesehen sind.

Article VII

As from a date twelve months after the present Convention comes into force in respect of any of the territories of a Contracting Government all ships registered in that territory shall be required to be so fitted as to prevent the escape of fuel oil or heavy diesel oil into bilges the contens of which are discharged into the sea without being passed through an oily-water separator.

Article VII

A l'expiration d'un délai d'un an après la date d'entrée en vigueur de la Convention pour le territoire où il est immatriculé, tout navire auquel la Convention s'applique devra être muni de dispositifs permettant d'éviter que les fuites de fuel-oil ou d'huile diesel lourde ne parviennent dans les fonds de cale dont le contenu est déchargé à la mer sans être traité par un séparateur.

Artikel VII

Zwölf Monate, nachdem dieses Übereinkommen für das Gebiet einer Vertragschließenden Regierung in Kraft getreten ist, müssen alle in diesem Gebiet registrierten Schiffe so ausgerüstet sein, daß das Eindringen von Heizöl oder schwerem Dieselöl in die Bilgen verhindert wird, sofern deren Inhalt in die See gepumpt wird, ohne vorher einen Ölwasserseparator zu passieren.

Article VIII

As from a date three years after the present Convention comes into force in respect of any of the territories of a Contracting Government, that Gov-

Article VIII

A l'expiration d'un délai de trois ans après la date d'entrée en vigueur de la présente Convention dans un territoire relevant d'un Gouvernement

Artikel VIII

Drei Jahre, nachdem dieses Übereinkommen für das Gebiet einer Vertragschließenden Regierung in Kraft getreten ist, hat diese Regierung da-

ernment shall ensure the provision in each main port in that territory of facilities adequate for the reception, without causing undue delay to ships, of such residues from oily ballast water and tank washings as would remain for disposal by ships, other than tankers, using the port, if the water had been separated by the use of an oily-water separator, a settling tank or otherwise. Each Contracting Government shall from time to time determine which ports are the main ports in its territories for the purposes of this Article, and shall notify the Bureau in writing accordingly indicating whether adequate reception facilities have been installed.

contractant, celui-ci s'assurera que tous ses ports principaux ont prévu des installations capables de recevoir, sans imposer à la navigation des délais anormaux, les résidus que les navires autres que les navires-citerne, qui fréquentent ces ports, pourraient avoir à décharger après avoir épuré les eaux de nettoyage de leurs soutes ou leurs eaux de lest polluées, au moyen d'un séparateur, d'un réservoir de décantation ou par tout autre procédé. Chaque Gouvernement contractant décidera, au fur et à mesure des circonstances, quels ports de son territoire devront être considérés comme ports principaux au sens du présent article. Il en fera notification par écrit au Bureau en indiquant si les installations de réception nécessaires y sont disponibles.

für Sorge zu tragen, daß in allen Haupthäfen des Gebietes geeignete Anlagen vorhanden sind, die es ohne unangemessene Verzögerung für die Schiffe ermöglicht, Rückstände des öl haltigen Ballast- und Tankwaschwassers aufzunehmen, das an Bord der den Hafen anlaufenden Schiffe — ausgenommen Tanker — verbleibt, nachdem das Wasser durch einen Ölseparator, Setztank oder auf andere Weise separiert worden ist. Jede Vertragschließende Regierung hat von Zeit zu Zeit festzulegen, welche Häfen im Sinne dieses Übereinkommens als Haupthäfen ihres Gebietes anzusehen sind; sie hat das Büro schriftlich davon in Kenntnis zu setzen und mitzuteilen, ob angemessene Auffanganlagen eingerichtet worden sind.

Article IX

(1) There shall be carried in every ship to which the Convention applies an oil record book (whether as part of the ship's official log-book or otherwise) in the form specified in Annex B to the present Convention. The appropriate entries shall be made in that book, and each page of the book, including any statement under paragraph (2) of Article IV, shall be signed by the officer or officers in charge of the operations concerned and by the master of the ship. The written entries in the oil record book shall be in an official language of the territory in which the ship is registered, or in English or French.

(2) The competent authorities of any of the territories of a Contracting Government may inspect on board any such ship while within a port in that territory the oil record book required to be carried in the ship in compliance with the provisions of the Convention, and may make a true copy of any entry in that book and may require the master of the ship to certify that the copy is a true copy of such entry. Any copy so made which purports to have been certified by the master of the ship as a true copy of an entry in the ship's oil record book shall be made admissible in any judicial proceedings as evidence of the facts stated in the entry. Any action by the competent authorities under this paragraph shall be taken as expeditiously as possible and the ship shall not be delayed.

Article IX

(1) Tout navire auquel la Convention s'applique tiendra, dans la forme définie à l'Annexe B de la présente Convention, un registre des hydrocarbures qui pourra ou non être intégré dans le livre de bord règlementaire. Les mentions prévues y seront portées. Chaque page, y compris toute déclaration faite en application du paragraphe (2) de l'Article IV, en sera signée par l'officier ou les officiers responsables des opérations en question et par le Capitaine du navire. Les mentions seront écrites soit dans une langue officielle du territoire dans lequel le navire est immatriculé, soit en français, soit en anglais.

(2) Les autorités compétentes de tout territoire relevant d'un Gouvernement contractant pourront examiner à bord des navires auxquels la Convention s'applique, pendant qu'ils se trouvent dans un port de ce territoire, le registre des hydrocarbures dont ils doivent être munis conformément aux dispositions de la présente Convention. Elles pourront en extraire des copies conformes et pourront en exiger la certification par le Capitaine du navire. Toute copie ainsi certifiée conforme par le Capitaine du navire sera, en cas de poursuite, admissible en justice comme preuve des faits relatés dans le registre des hydrocarbures. Toute intervention des autorités compétentes, en vertu des dispositions du présent paragraphe, sera effectuée de la façon la plus expéditive possible et sans que le navire puisse être retardé de ce fait.

Artikel IX

(1) Jedes Schiff, für das die Bestimmungen dieses Übereinkommens gelten, hat als Teil des amtlich vorgeschriebenen Schiffstagebuchs oder gesondert ein Öltagebuch nach dem Muster des Anhangs B zu führen, in das die vorgesehenen Eintragungen zu machen sind; jede Seite, die Eintragungen nach Artikel IV Abs. 2 enthält, ist von den mit der Durchführung der betreffenden Maßnahmen beauftragten Offizieren und dem Kapitän zu unterzeichnen. Die Eintragungen sind in einer Amtssprache des Gebietes, in dem das Schiff registriert ist, oder in englischer oder in französischer Sprache vorzunehmen.

(2) Die für die einzelnen Gebiete einer Vertragschließenden Regierung zuständigen Behörden können auf jedem Schiff, für das dieses Übereinkommen gilt, während des Aufenthalts in einem Hafen des betreffenden Gebietes das nach den Vorschriften dieses Übereinkommens zu führende Öltagebuch einsehen, daraus genaue Abschriften jeder Eintragung fertigen und die Richtigkeit dieser Abschriften vom Kapitän bescheinigen lassen. Jede so gefertigte und vom Kapitän als richtig bescheinigte Abschrift ist in Gerichtsverfahren als Beweismittel für die in der Eintragung festgestellten Tatsachen zuzulassen. Alle in diesem Artikel vorgesehenen Maßnahmen sind von den zuständigen Behörden so schnell wie möglich und ohne Verzögerung für das Schiff durchzuführen.

Article X

(1) Any Contracting Government may furnish to the Contracting Government in the territory of which a ship is registered particulars in writing of evidence that any provision of the Convention has been contravened in respect of that ship, wheresoever the alleged contravention may have taken place. If it is practicable to do so, the competent authorities of the former Government shall notify the master of the alleged contravention.

Article X

(1) Tout Gouvernement contractant pourra exposer par écrit, au Gouvernement contractant dont relève le territoire dans lequel un navire est immatriculé, les points de fait établissant qu'il a été contrevenu à l'une des dispositions de la Convention par ce navire, et ce quel que soit le lieu où la contravention qu'il allègue ait pu être commise. Dans toute la mesure du possible, celle-ci sera portée à la connaissance du Capitaine du navire par l'autorité compétente relevant du premier des Gouvernements mentionnés ci-dessus.

Artikel X

(1) Jede Vertragschließende Regierung kann die Tatsachen, aus denen hervorgeht, daß ein Schiff einer Vorschrift dieses Übereinkommens zuwidergehandelt hat, auf schriftlichem Wege denjenigen Vertragschließenden Regierungen mitteilen, in deren Gebiet das betreffende Schiff registriert ist, ohne Rücksicht darauf, wo die genannte Zuwiderhandlung begangen wurde. Sofern es möglich ist, haben die zuständigen Behörden der erstgenannten Regierung den Schiffsführer von der angegebenen Zuwiderhandlung in Kenntnis zu setzen.

(2) Upon receiving such particulars the latter Government shall investigate the matter, and may request the former Government to furnish further or better particulars of the alleged contravention. If the Government in the territory of which the ship is registered is satisfied that sufficient evidence is available in the form required by law to enable proceedings against the owner or master of the ship to be taken in respect of the alleged contravention, it shall cause such proceedings to be taken as soon as possible, and shall inform the other Contracting Government and the Bureau of the result of such proceedings.

Article XI

Nothing in the present Convention shall be construed as derogating from the powers of any Contracting Government to take measures within its jurisdiction in respect of any matter to which the Convention relates or as extending the jurisdiction of any Contracting Government.

Article XII

Each Contracting Government shall send to the Bureau and to the appropriate organ of the United Nations: —

(a) the text of laws, decrees, orders and regulations in force in its territories which give effect to the present Convention;

(b) all official reports or summaries of official reports in so far as they show the results of the application of the provisions of the Convention, provided always that such reports or summaries are not, in the opinion of that Government, of a confidential nature.

Article XIII

Any dispute between Contracting Governments relating to the interpretation or application of the present Convention which cannot be settled by negotiation shall be referred at the request of either party to the International Court of Justice for decision unless the parties in dispute agree to submit it to arbitration.

Article XIV

(1) The present Convention shall remain open for signature for three months from this day's date and shall thereafter remain open for acceptance.

(2) Governments may become parties to the Convention by—

(i) signature without reservation as to acceptance;

(ii) signature subject to acceptance followed by acceptance; or

(iii) acceptance.

(2) Dès réception de l'exposé de faits, le second Gouvernement examinera l'affaire et pourra demander au premier de lui fournir sur la contravention alléguée des éléments de fait plus complets ou plus valables. Si le Gouvernement du territoire dans lequel le navire est immatriculé estime que la preuve est suffisante pour permettre, conformément à sa législation, des poursuites du chef de la contravention alléguée contre l'armateur ou le Capitaine du navire, il fera engager celles-ci aussitôt que possible et informera l'autre Gouvernement et le Bureau de leurs résultats.

Article XI

Dans les matières relevant de la présente Convention aucune de ses dispositions ne sera interprétée comme dérogeant aux pouvoirs que tout Gouvernement contractant exerce dans les limites de sa juridiction, ni comme étendant les limites de la juridiction d'un quelconque des Gouvernements contractants.

Article XII

Tout Gouvernement contractant adressera au Bureau et à l'organisme approprié des Nations Unies:

(a) le texte des lois, décrets, règlements et instructions, en vigueur dans ses territoires et destinés à assurer l'application de la présente Convention;

(b) tous rapports ou résumés de rapports officiels ayant trait aux résultats obtenus dans l'application des dispositions de la présente Convention, sous réserve toutefois que ces documents n'aient pas, aux yeux de ce Gouvernement, un caractère confidentiel.

Article XIII

Tout différend entre les Gouvernements contractants relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention qui ne peut être réglé par voie de négociation sera, à la requête de l'une quelconque des parties, déféré à la Cour Internationale de Justice, à moins que les parties en cause ne s'entendent pour le soumettre à l'arbitrage.

Article XIV

(1) La présente Convention demeurera ouverte à la signature pendant trois mois à dater de ce jour et ensuite à l'acceptation.

(2) Les Gouvernements pourront devenir partie à la Convention par:

(i) signature sans réserve quant à l'acceptation,

(ii) signature sous réserve d'acceptation, suivie d'acceptation, ou

(iii) acceptation.

(2) Die Regierung, die einen solchen Bericht erhält, hat den Sachverhalt zu prüfen und kann die mitteilende Regierung um weitere und genauere Einzelheiten über die Zuwiderhandlung ersuchen. Gelangt die Regierung, in deren Gebiet das Schiff registriert ist, zu der Ansicht, daß der Tatverdacht ausreicht, um auf Grund bestehender Rechtsvorschriften eine Verfolgung des verantwortlichen Reeders oder Kapitäns einzuleiten, so hat sie dafür zu sorgen, daß die Verfolgung baldmöglichst stattfindet und sowohl die mitteilende Regierung als auch das Büro von dem Ergebnis des Verfahrens zu benachrichtigen.

Artikel XI

Die Bestimmungen dieses Übereinkommens dürfen nicht so ausgelegt werden, als beeinträchtigten sie die Befugnisse einer Vertragschließenden Regierung, innerhalb ihrer Hoheitsgewalt Maßnahmen bezüglich der in diesem Übereinkommen behandelten Sachgebiete zu treffen, oder als erweiterten sie die Hoheitsgewalt einer Vertragschließenden Regierung.

Artikel XII

Jede Vertragschließende Regierung hat dem Büro und dem zuständigen Organ der Vereinten Nationen zu übersenden:

a) den Wortlaut der in ihren Gebieten geltenden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und Verwaltungsvorschriften zur Durchführung dieses Übereinkommens;

b) alle amtlichen Berichte oder Zusammenfassungen amtlicher Berichte über die bei der Anwendung dieses Übereinkommens gesammelten Erfahrungen, sofern nicht diese Berichte oder Zusammenfassungen nach Auffassung der betreffenden Regierung vertraulicher Natur sind.

Artikel XIII

Jede Streitigkeit zwischen Vertragschließenden Regierungen über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht im Verhandlungswege beigelegt werden kann, ist auf Antrag einer der Parteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen, es sei denn, daß die streitenden Parteien übereinkommen, den Fall einer Schiedsinstanz vorzulegen.

Artikel XIV

(1) Dieses Übereinkommen steht für die Dauer von drei Monaten, vom heutigen Tage an gerechnet, zur Unterzeichnung und anschließend zur Annahme offen.

(2) Die Regierungen können Parteien des Übereinkommens werden durch

(i) Unterzeichnung ohne Vorbehalt bezüglich der Annahme;

(ii) Unterzeichnung unter dem Vorbehalt der Annahme mit nachfolgender Annahme;

(iii) Annahme.

(3) Acceptance shall be effected by the deposit of an instrument of acceptance with the Bureau, which shall inform all Governments that have already signed or accepted the Convention of each signature and deposit of an acceptance and of the date of such signature or deposit.

(3) L'acceptation résultera du dépôt des instruments par chaque Gouvernement auprès du Bureau qui informera de toute signature ou acceptation, et de leur date, tous les Gouvernements ayant déjà signé ou accepté la Convention.

(3) Die Annahme ist durch Hinterlegung einer Annahmeurkunde bei dem Büro zu bewirken. Das Büro hat alle Regierungen, die das Übereinkommen bereits unterzeichnet oder angenommen haben, von jeder Unterzeichnung und Hinterlegung einer Annahmeerklärung sowie von dem Zeitpunkt der Unterzeichnung oder Hinterlegung in Kenntnis zu setzen.

Article XV

(1) The present Convention shall come into force twelve months after the date on which not less than ten Governments have become parties to the Convention, including five Governments of countries each with not less than 500,000 gross tons of tanker tonnage.

(2)—(a) For each Government which signs the Convention without reservation as to acceptance or accepts the Convention before the date on which the Convention comes into force in accordance with paragraph (1) of this Article it shall come into force on that date. For each Government which accepts the Convention on or after that date, it shall come into force three months after the date of the deposit of that Government's acceptance.

(b) The Bureau shall, as soon as possible, inform all Governments which have signed or accepted the Convention of the date on which it will come into force.

Article XV

(1) La présente Convention entrera en vigueur à l'expiration du délai d'un an suivant la date à laquelle au moins dix Gouvernements seront devenus parties à la Convention, dont cinq représentant des pays ayant chacun au moins 500.000 tonneaux de jauge brute en navires-citerne.

(2)—(a) La date d'entrée en vigueur prévue au paragraphe (1) du présent Article s'appliquera à tous les Gouvernements ayant signé la Convention sans réserve d'acceptation ou l'ayant acceptée avant cette date. Pour les Gouvernements ayant accepté la Convention à cette date ou postérieurement, l'entrée en vigueur aura lieu trois mois après la date du dépôt de leurs instruments d'acceptation.

(b) Le Bureau informera aussitôt que possible de la date d'entrée en vigueur tous les Gouvernements ayant signé ou accepté la Convention.

Artikel XV

(1) Dieses Übereinkommen tritt zwölf Monate nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem mindestens zehn Regierungen Parteien des Übereinkommens geworden sind, von denen fünf Regierungen von Staaten sein müssen, die je mindestens 500 000 BRT Tankertonnage besitzen.

(2) a) Das in Absatz 1 vorgesehene Datum des Inkrafttretens gilt für alle Regierungen, die das Übereinkommen ohne Vorbehalt der Annahme unterzeichnet oder es vor diesem Tage angenommen haben. Für die Regierungen, die das Übereinkommen an diesem Tage oder später annehmen, tritt das Übereinkommen drei Monate nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Annahmeerklärung der betreffenden Regierung in Kraft.

b) Das Büro hat alle Regierungen, die das Übereinkommen unterzeichnet oder angenommen haben, möglichst bald von dem Zeitpunkt seines Inkrafttretens in Kenntnis zu setzen.

Article XVI

(1) Upon the request of any Contracting Government a proposed amendment of the present Convention shall be communicated by the Bureau to all Contracting Governments for consideration.

(2) Any amendment communicated to Contracting Governments for consideration under paragraph (1) of this Article shall be deemed to have been accepted by all Contracting Governments and shall come into force on the expiration of a period of six months after it has been so communicated, unless any one of the Contracting Governments shall have made a declaration not less than two months before the expiration of that period that it does not accept the amendment.

(3)—(a) A conference of Contracting Governments to consider amendments of the Convention proposed by any Contracting Government shall be convened by the Bureau upon the request of one-third of the Contracting Governments.

(b) Every amendment adopted by such a conference by a two-thirds majority vote of the Contracting Governments represented shall be communicated by the Bureau to all Contracting Governments for their acceptance.

(4) Any amendment communicated to Contracting Governments for their acceptance under paragraph (3) of this Article shall come into force for all Contracting Governments, except

Article XVI

(1) A la requête de l'un d'eux, le Bureau communiquera pour examen à tous les Gouvernements contractants chaque proposition d'amendement à la présente Convention.

(2) Un amendement ainsi communiqué sera considéré comme ayant été accepté par tous les Gouvernements contractants à l'expiration d'une période de six mois suivant la date de la communication, sauf si l'un de ceux-ci a notifié, deux mois au moins avant l'expiration de cette période, qu'il n'accepte pas ledit amendement.

(3)—(a) A la demande d'un tiers d'entre eux, une Conférence des Gouvernements contractants sera convoquée par le Bureau en vue d'examiner une proposition d'amendement;

(b) tout amendement adopté à la majorité des deux tiers des Gouvernements contractants présents à la Conférence sera communiqué par le Bureau à tous les Gouvernements contractants en vue d'obtenir leur acceptation.

(4) A l'expiration du délai d'un an suivant la date de son acceptation par les deux tiers des Gouvernements contractants, un amendement communiqué pour acceptation aux autres Gouverne-

Artikel XVI

(1) Auf Antrag einer Vertragschließenden Regierung sind Änderungsvorschläge zu diesem Übereinkommen durch das Büro allen Vertragschließenden Regierungen zur Prüfung vorzulegen.

(2) Jeder den Vertragschließenden Regierungen nach Absatz 1 zur Prüfung übermittelte Änderungsvorschlag gilt als von sämtlichen Regierungen angenommen und tritt sechs Monate nach der Mitteilung in Kraft, sofern nicht eine der Vertragschließenden Regierungen spätestens zwei Monate vor Ablauf dieses Zeitraums erklärt, daß sie der Änderung nicht zustimmt.

(3) a) Auf Antrag eines Drittels der Vertragschließenden Regierungen hat das Büro eine Konferenz der Vertragschließenden Regierungen zur Prüfung von Änderungsvorschlägen einzuberufen.

b) Jede auf einer solchen Konferenz mit Zweidrittelmehrheit der vertretenen Vertragschließenden Regierungen angenommene Änderung ist durch das Büro allen Vertragschließenden Regierungen zur Annahme vorzulegen.

(4) Jede den Vertragschließenden Regierungen nach Absatz 3 zur Annahme vorgelegte Änderung tritt für alle Vertragschließenden Regierungen mit Ausnahme derjenigen, die vor

those which before it comes into force make a declaration that they do not accept the amendment, twelve months after the date on which the amendment is accepted by two-thirds of the Contracting Governments.

(5) Any declaration under this Article shall be made by a notification in writing to the Bureau which shall notify all Contracting Governments of the receipt of the declaration.

(6) The Bureau shall inform all signatory and Contracting Governments of any amendments which come into force under this Article, together with the date on which such amendments shall come into force.

ments contractants conformément au paragraphe précédent liera tous les Gouvernements qui, avant son entrée en vigueur, n'auront pas fait une déclaration aux termes de laquelle ils n'acceptent pas cet amendement.

(5) Toutes les déclarations prévues au présent Article seront notifiées par écrit au Bureau qui en informera tous les Gouvernements contractants.

(6) Le Bureau fera connaître à tous les Gouvernements signataires ou contractants les amendements qui entrent en vigueur en application du présent Article, ainsi que la date à laquelle ils prennent effet.

dem Inkrafttreten der Änderung erklären, daß sie dieser nicht zustimmen, zwölf Monate nach dem Tage in Kraft, an dem zwei Drittel der Vertragschließenden Regierungen die Änderung angenommen haben.

(5) Jede Erklärung auf Grund dieses Artikels ist dem Büro schriftlich zu übermitteln. Das Büro hat alle Vertragschließenden Regierungen von dem Eingang der Erklärung in Kenntnis zu setzen.

(6) Das Büro hat alle Vertragschließenden Regierungen, die das Übereinkommen unterzeichnet haben, von allen auf Grund dieses Artikels in Kraft tretenden Änderungen unter Angabe des Zeitpunkts ihres Inkrafttretens in Kenntnis zu setzen.

Article XVII

(1) The present Convention may be denounced by any Contracting Government at any time after the expiration of a period of five years from the date on which the Convention comes into force for that Government.

(2) Denunciation shall be effected by a notification in writing addressed to the Bureau, which shall notify all the Contracting Governments of any denunciation received and of the date of its receipt.

(3) A denunciation shall take effect twelve months, or such longer period as may be specified in the notification, after its receipt by the Bureau.

Article XVII

(1) La présente Convention pourra être dénoncée par l'un quelconque des Gouvernements contractants à tout moment après l'expiration de la période de cinq ans suivant la date à laquelle la Convention sera entrée en vigueur pour ce Gouvernement.

(2) La dénonciation s'effectuera par notification écrite adressée au Bureau. Celui-ci fera connaître à tous les autres Gouvernements contractants les dénonciations qui lui seront parvenues avec la date de leur réception.

(3) Une dénonciation prendra effet à l'expiration du délai d'un an suivant la date à laquelle la notification en aura été reçue par le Bureau, ou à l'expiration de telle autre période plus longue qu'elle pourrait spécifier.

Artikel XVII

(1) Dieses Übereinkommen kann von jeder Vertragschließenden Regierung nach Ablauf eines Zeitraums von fünf Jahren, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens für die betreffende Regierung an gerechnet, jederzeit gekündigt werden.

(2) Die Kündigung hat durch schriftliche Mitteilung an das Büro zu erfolgen. Das Büro hat alle Vertragschließenden Regierungen von jeder Kündigung und dem Tage ihres Eingangs in Kenntnis zu setzen.

(3) Eine Kündigung wird zwölf Monate nach dem Tage ihres Eingangs bei dem Büro oder nach Ablauf eines in der Mitteilung angegebenen längeren Zeitraums wirksam.

Article XVIII

(1)—(a) Any Government may, at the time of signature or acceptance of the present Convention, or at any time thereafter, declare by notification in writing given to the Bureau that the Convention shall extend to any of the territories for whose international relations it is responsible.

(b) The Convention shall, from the date of the receipt of the notification, or from such other date as may be specified in the notification, extend to the territories named therein.

(2)—(a) Any Contracting Government which has made a declaration under paragraph (1) of this Article may, at any time after the expiration of a period of five years from the date on which the Convention has been so extended to any territory, give notification in writing to the Bureau, declaring that the Convention shall cease to extend to any such territory named in the notification.

(b) The Convention shall cease to extend to any territory mentioned in such notification twelve months, or such longer period as may be specified therein, after the date of receipt of the notification by the Bureau.

Article XVIII

(1)—(a) Tout Gouvernement contractant pourra, lors de sa signature ou de son acceptation, ou à tout moment ultérieur, déclarer, par une notification écrite adressée au Bureau, que la présente Convention s'étend à un ou plusieurs des territoires dont les relations internationales relèvent de sa responsabilité;

(b) l'application de la présente Convention sera étendue aux territoires désignés dans cette notification à la date de réception de celle-ci ou à telle autre date qui y serait fixée.

(2)—(a) Tout Gouvernement contractant qui aura, par déclaration prévue au paragraphe (1) du présent Article, étendu la Convention à un ou plusieurs territoires, pourra à tout moment après l'expiration d'une période de cinq ans suivant la date à laquelle cette extension sera entrée en vigueur, déclarer par notification écrite au Bureau qu'elle cesse de s'appliquer à ce ou ces territoires, ou à l'un ou l'autre d'entre eux qu'il choisirait de désigner dans sa notification.

(b) La Convention cessera de s'appliquer aux territoires en question à l'expiration d'un délai d'un an suivant la date de réception de la notification par le Bureau ou de toute autre période plus longue qui y serait fixée.

Artikel XVIII

(1) a) Jede Regierung kann bei der Unterzeichnung oder der Annahme dieses Übereinkommens sowie jederzeit danach durch eine an das Büro gerichtete schriftliche Mitteilung erklären, daß das Übereinkommen auf Gebiete, für deren zwischenstaatliche Beziehungen sie verantwortlich ist, ausgedehnt werden soll.

b) Das Übereinkommen wird auf die in der Mitteilung genannten Gebiete vom Tage des Eingangs der Mitteilung oder von einem anderen darin angegebenen Zeitpunkt an ausgedehnt.

(2) a) Jede Vertragschließende Regierung, die eine Erklärung nach Absatz 1 dieses Artikels abgegeben hat, kann jederzeit nach Ablauf eines Zeitraums von fünf Jahren, vom Zeitpunkt der Ausdehnung des Übereinkommens auf ein solches Gebiet an gerechnet, jederzeit dem Büro gegenüber schriftlich erklären, daß die Ausdehnung des Übereinkommens auf die in der Mitteilung genannten Gebiete beendet sein soll.

b) Die Ausdehnung des Übereinkommens auf jedes in einer solchen Mitteilung genannte Gebiet endet nach Ablauf von zwölf Monaten oder eines längeren, in der Mitteilung zu bezeichnenden Zeitraums nach dem Zeitpunkt des Eingangs der Mitteilung bei dem Büro.

(3) The Bureau shall inform all Contracting Governments of the extension of the Convention to any territories under paragraph (1) of this Article, and of the termination of any such extension under paragraph (2) of this Article, stating in each case the date from which the Convention has been, or will cease to be, so extended.

(3) Le Bureau informa tous les Gouvernements contractants qu'extension de la présente Convention a été faite à un territoire en vertu du paragraphe (1) du présent Article. Il agira de même au cas où il serait mis fin à cette extension en vertu du paragraphe (2) du présent Article. Il spécifiera dans les deux cas la date à partir de laquelle la Convention est devenue ou a cessé d'être applicable.

(3) Das Büro hat alle Vertragschließenden Regierungen von der nach Absatz 1 dieses Artikels erfolgten Ausdehnung des Übereinkommens auf weitere Gebiete sowie von der Beendigung jeder derartigen Ausdehnung nach Absatz 2 in Kenntnis zu setzen; dabei ist in jedem Falle der Tag des Beginns oder der Beendigung der Ausdehnung anzugeben.

Article XIX

(1) In case of war or other hostilities, a Contracting Government which considers that it is affected, whether as a belligerent or as a neutral, may suspend the operation of the whole or any part of the present Convention in respect of all or any of its territories. The suspending Government shall immediately give notice of any such suspension to the Bureau.

(2) The suspending Government may at any time terminate such suspension and shall in any event terminate it as soon as it ceases to be justified under paragraph (1) of this Article. Notice of such termination shall be given immediately to the Bureau by the Government concerned.

(3) The Bureau shall notify all Contracting Governments of any suspension or termination of suspension under this Article.

Article XIX

(1) En cas de guerre ou d'hostilités, le Gouvernement contractant qui s'estime affecté, soit comme belligérant, soit comme neutre, pourra suspendre l'application de la totalité ou d'une partie seulement de la Convention ou de son extension à un territoire relevant de lui. Il en fera notification immédiate au Bureau.

(2) Il pourra à tout moment mettre fin à cette suspension. Il le fera, en tout cas, aussitôt que celle-ci cessera d'être justifiée aux termes du paragraphe (1) du présent Article. Notification immédiate en sera faite au Bureau.

(3) Le Bureau portera à la connaissance de tous les Gouvernements contractants les diverses notifications reçues en application du présent Article.

Artikel XIX

(1) Im Falle eines Krieges oder sonstiger Feindseligkeiten kann eine Vertragschließende Regierung, die sich als kriegführende oder neutrale Macht als betroffen betrachtet, dieses Übereinkommen für alle oder einzelne ihrer Gebiete ganz oder zum Teil zeitweilig außer Kraft setzen. Die betreffende Regierung hat die zeitweilige Außerkraftsetzung dem Büro sofort mitzuteilen.

(2) Die Regierung, die das Übereinkommen zeitweilig außer Kraft setzt, kann die Außerkraftsetzung jederzeit beenden; sie muß sie auf jeden Fall beenden, sobald ihre Voraussetzungen nach Absatz 1 nicht mehr bestehen. Die Beendigung ist dem Büro durch die betreffende Regierung sofort mitzuteilen.

(3) Das Büro hat alle Vertragschließenden Regierungen von jeder auf Grund dieses Artikels erfolgten zeitweiligen Außerkraftsetzung des Übereinkommens oder deren Beendigung in Kenntnis zu setzen.

Article XX

As soon as the present Convention comes into force it shall be registered by the Bureau with the Secretary-General of the United Nations.

Article XX

Dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Bureau en fera dépôt auprès du Secrétaire Général des Nations Unies pour enregistrement.

Artikel XX

Sobald dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, hat das Büro es beim Generalsekretär der Vereinten Nationen registrieren zu lassen.

Article XXI

The duties of the Bureau shall be carried out by the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland unless and until the Inter-Governmental Maritime Consultative Organisation comes into being and takes over the duties assigned to it under the Convention signed at Geneva on the 6th day of March, 1948, and thereafter the duties of the Bureau shall be carried out by the said Organisation.

Article XXI

Les fonctions assignées au Bureau seront exercées par le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord jusqu'à et en attendant la formation de l'Organisation Consultative Maritime Intergouvernementale et la prise en charge par elle des fonctions qui lui sont attribuées par la Convention signée à Genève le 6 mars 1948; par la suite, les fonctions du Bureau seront assumées par cette Organisation.

Artikel XXI

Die Aufgaben des Büros werden von der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland wahrgenommen, bis die Zwischenstaatliche Beratende Maritime Organisation gebildet worden ist und die ihr auf Grund des am 6. März 1948 in Genf unterzeichneten Übereinkommens übertragenen Aufgaben übernimmt. Von diesem Zeitpunkt an werden die Aufgaben des Büros von dieser Organisation wahrgenommen.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned plenipotentiaries have signed the present Convention.

DONE in London this twelfth day of May, 1954, in English and French, both texts being equally authoritative, in a single copy, which shall be deposited with the Bureau and of which the Bureau shall transmit certified copies to all signatory and Contracting Governments.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires ont signé la présente Convention.

FAIT à Londres, ce douzième jour de mai 1954, en anglais et en français, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé au Bureau et dont celui-ci donnera copies conformes à tous les Gouvernements Contractants.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu London am 12. Mai 1954, in englischer und französischer Sprache, wobei beide Fassungen in gleicher Weise maßgebend sind, in einer einzigen Ausfertigung, die bei dem Büro zu hinterlegen ist und von der durch das Büro allen Vertragschließenden Regierungen, die das Übereinkommen unterzeichnet haben, beglaubigte Abschriften zu übermitteln sind.

For the GOVERNMENT OF AUSTRALIA:	Pour le GOUVERNEMENT DE L'AUSTRALIE:	Für die REGIERUNG VON AUSTRALIEN:
For the GOVERNMENT OF BELGIUM:	Pour le GOUVERNEMENT DE LA BELGIQUE: M. A. van Boeckel (Subject to acceptance) (Vorbehaltlich der Annahme)	Für die REGIERUNG VON BELGIEN:
For the GOVERNMENT OF BRAZIL:	Pour le GOUVERNEMENT DE BRÉSIL:	Für die REGIERUNG VON BRASILIEN:
For the GOVERNMENT OF CANADA:	Pour le GOUVERNEMENT DU CANADA: Alan Cumyn (Subject to ratification) (Vorbehaltlich der Ratifikation)	Für die REGIERUNG VON KANADA:
For the GOVERNMENT OF CEYLON:	Pour le GOUVERNEMENT DE CEYLAN:	Für die REGIERUNG VON CEYLON:
For the GOVERNMENT OF CHILE:	Pour le GOUVERNEMENT DU CHILI:	Für die REGIERUNG VON CHILE:
For the GOVERNMENT OF DENMARK:	Pour le GOUVERNEMENT DU DANEMARK: Mogens Blach (Subject to acceptance) (Vorbehaltlich der Annahme)	Für die REGIERUNG VON DÄNEMARK:
For the GOVERNMENT OF FINLAND:	Pour le GOUVERNEMENT DE FINLANDE: S. Sundman (Subject to acceptance) (Vorbehaltlich der Annahme)	Für die REGIERUNG VON FINNLAND:
For the GOVERNMENT OF FRANCE:	Pour le GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE:	Für die REGIERUNG VON FRANKREICH:
For the GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:	Pour le GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE: Karl Schubert (Subject to acceptance) (Vorbehaltlich der Annahme)	Für die REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

For the GOVERNMENT OF GREECE:	Pour le GOUVERNEMENT DE LA GRÈCE:	Für die REGIERUNG VON GRIECHENLAND:
	M. Sakaris Kostas Lyras (Subject to acceptance) (Vorbehaltlich der Annahme)	
For the GOVERNMENT OF INDIA:	Pour le GOUVERNEMENT DE L'INDE:	Für die REGIERUNG VON INDIEN:
For the GOVERNMENT OF IRELAND:	Pour le GOUVERNEMENT DE L'IRLANDE:	Für die REGIERUNG VON IRLAND:
For the GOVERNMENT OF ISRAEL:	Pour le GOUVERNEMENT d'ISRAËL:	Für die REGIERUNG VON ISRAEL:
For the GOVERNMENT OF ITALY:	Pour le GOUVERNEMENT DE L'ITALIE: Giulio Ingianni (Subject to acceptance) (Vorbehaltlich der Annahme)	Für die REGIERUNG VON ITALIEN:
For the GOVERNMENT OF JAPAN:	Pour le GOUVERNEMENT DU JAPON:	Für die REGIERUNG VON JAPAN:
For the GOVERNMENT OF LIBERIA:	Pour le GOUVERNEMENT DU LIBÉRIA: George B. Stevenson S. Edward Peal (Subject to acceptance or ratification by the President with the advice and consent of the Liberian Senate) (Vorbehaltlich der Annahme oder Ratifikation durch den Präsidenten auf Empfehlung und mit Zustimmung des Senats von Liberia)	Für die REGIERUNG VON LIBERIA:
For the GOVERNMENT OF MEXICO:	Pour le GOUVERNEMENT DU MEXIQUE:	Für die REGIERUNG VON MEXIKO:
For the GOVERNMENT OF THE NETHERLANDS:	Pour le GOUVERNEMENT DES PAYS-BAS:	Für die REGIERUNG DER NIEDERLANDE:
For the GOVERNMENT OF NEW ZEALAND:	Pour le GOUVERNEMENT DE LA NOUVELLE-ZÉLANDE:	Für die REGIERUNG VON NEUSEELAND:
For the GOVERNMENT OF NICARAGUA:	Pour le GOUVERNEMENT DU NICARAGUA:	Für die REGIERUNG VON NICARAGUA:

For the GOVERNMENT OF NORWAY:	Pour le GOUVERNEMENT DE LA NORVÈGE:	Für die REGIERUNG VON NORWEGEN:
	Sigurd Storhaug (Subject to acceptance) (Vorbehaltlich der Annahme)	
For the GOVERNMENT OF PANAMA:	Pour le GOUVERNEMENT DU PANAMA:	Für die REGIERUNG VON PANAMA:
For the GOVERNMENT OF POLAND:	Pour le GOUVERNEMENT DE LA POLOGNE:	Für die REGIERUNG VON POLEN:
For the GOVERNMENT OF PORTUGAL:	Pour le GOUVERNEMENT DU PORTUGAL:	Für die REGIERUNG VON PORTUGAL:
For the GOVERNMENT OF SPAIN:	Pour le GOUVERNEMENT DE l'ESPAGNE:	Für die REGIERUNG VON SPANIEN:
For the GOVERNMENT OF SWEDEN:	Pour le GOUVERNEMENT DE LA SUÈDE:	Für die REGIERUNG VON SCHWEDEN:
	G. Böös (Subject to acceptance) (Vorbehaltlich der Annahme)	
For the GOVERNMENT OF THE UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS:	Pour le GOUVERNEMENT DE l'UNION DES RÉPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIÉTIQUES:	Für die REGIERUNG DER UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN:
For the GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND:	Pour le GOUVERNEMENT DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD:	Für die REGIERUNG DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND:
	Gilmour Jenkins Percy Faulkner (Subject to acceptance) (Vorbehaltlich der Annahme)	
For the GOVERNMENT OF THE UNITED STATES OF AMERICA:	Pour le GOUVERNEMENT DES ETATS-UNIS d'AMÉRIQUE:	Für die REGIERUNG DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA:
For the GOVERNMENT OF VENEZUELA:	Pour le GOUVERNEMENT DU VÉNÉZUÉLA:	Für die REGIERUNG VON VENEZUELA:
For the GOVERNMENT OF YUGOSLAVIA:	Pour le GOUVERNEMENT DE LA YOUGOSLAVIE:	Für die REGIERUNG VON JUGOSLAWIEN:
	Predrag Nikolič (Subject to acceptance) (Vorbehaltlich der Annahme)	

ANNEX A

Prohibited Zones

(1) Subject to paragraph (3) of this Annex, the prohibited zones in relation to tankers shall be all sea areas within 50 miles from land, with the following exceptions:—

(a) **The Adriatic Zones**

Within the Adriatic Sea the prohibited zones off the coasts of Italy and Yugoslavia respectively shall each extend for a distance of 30 miles from land, excepting only the island of Vis. When the present Convention has been in force for a period of three years the said zones shall each be extended by a further 20 miles in width unless the two Governments agree to postpone such extension. In the event of such an agreement the said Governments shall notify the Bureau accordingly not less than three months before the expiration of such period of three years and the Bureau shall notify all Contracting Governments of such agreement.

(b) **The North Sea Zone**

The North Sea Zone shall extend for a distance of 100 miles from the coasts of the following countries:—

Belgium,
Denmark,
the Netherlands,
the Federal Republic of Germany,
the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,

but not beyond the point where the limit of a 100-mile zone off the west coast of Jutland intersects the limit of the 50-mile zone off the coast of Norway.

(c) **The Atlantic Zone**

The Atlantic Zone shall be within a line drawn from a point on the Greenwich meridian 100 miles in a north-north-easterly direction from the Shetland Islands;

thence northwards along the Greenwich meridian to latitude 64° north; thence westwards along the 64th parallel to longitude 10° west;

thence to latitude 48° north, longitude 14° west;

thence to latitude 54° 30' north, longitude 30° west;

thence to latitude 44° 20' north, longitude 30° west;

thence to latidude 48° north, longitude 14° west;

ANNEXE A

Zones d'Interdiction

(1) Sous réserve du paragraphe (3) de la présente Annexe, les zones d'interdiction, pour les navires-citerne, seront les étendues de mer situées à moins de cinquante milles de terre, sauf exceptions ci-après:

(a) **Les Zones de l'Adriatique**

Dans la Mer Adriatique, les zones d'interdiction situées respectivement au large des côtes d'Italie et de Yougoslavie s'étendront chacune sur une largeur de 30 milles à partir de la terre, à la seule exception de l'île de Vis. A l'expiration d'une période de trois ans, suivant la date de mise en vigueur de la présente Convention, la largeur de cette zone sera augmentée de 20 milles à moins que les deux Gouvernements ne s'entendent pour remettre cette opération à une date ultérieure. Au cas où ils se mettraient ainsi d'accord, les deux Gouvernements en donneront notification au Bureau trois mois au moins avant l'expiration de la période de trois ans. Le Bureau donnera connaissance de cet accord à tous les Gouvernements contractants.

(b) **La Zone de la Mer du Nord**

La zone d'interdiction de la Mer du Nord s'étendra sur une largeur de 100 milles à partir des côtes des pays suivants:

Belgique
Danemark
Pays-Bas
République Fédérale d'Allemagne
Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

Cette zone ne s'étendra pas au-delà du point où se rejoignent la limite d'une zone de 100 milles au large de la côte Ouest du Jutland et celle de la zone de 50 milles au large de la côte norvégienne.

(c) **La Zone Atlantique**

La limite de cette zone commencera en un point situé sur le méridien de Greenwich à 100 milles au Nord-Nord-Est des îles Shetland;

elle se dirigera vers le Nord en suivant le méridien de Greenwich jusqu'au 64ème degré de latitude Nord; de là vers l'Ouest en suivant le 64ème parallèle jusqu'au 10ème degré de longitude Ouest;

de là jusqu'à un point situé par 60° de latitude Nord et 14° de longitude Ouest;

de là jusqu'à un point situé par 54° 30' de latitude Nord et 30° de longitude Ouest;

de là jusqu'à un point situé par 44° 20' de latitude Nord et 30° de longitude Ouest;

de là jusqu'au point situé par 48° de latitude Nord et 14° de longitude Ouest;

ANHANG A

Verbotszonen

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 3 dieses Anhangs umfassen die Verbotszonen für Tanker das Seegebiet in einer Breite von 50 Seemeilen von Land aus mit folgenden Ausnahmen:

a) **Die Adriatischen Zonen**

Im Adriatischen Meer erstrecken sich die Verbotszonen entlang der Küsten von Italien und Jugoslawien bis zu einer Landentfernung von 30 Seemeilen mit Ausnahme der Insel Vis. Drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens sind diese Zonen um je zwanzig Seemeilen zu verbreitern, sofern nicht beide Regierungen vereinbaren, diese Maßnahmen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Wird eine solche Vereinbarung getroffen, so haben die genannten Regierungen dem Büro spätestens drei Monate vor Ablauf des genannten Zeitraums von drei Jahren eine entsprechende Mitteilung zugehen zu lassen; das Büro hat alle Vertragschließenden Regierungen von dieser Vereinbarung in Kenntnis zu setzen.

b) **Die Nordseezone**

Die Nordseezone erstreckt sich bis zu einer Landentfernung von 100 Seemeilen vor den Küsten folgender Staaten:

Belgien
Dänemark
Niederlande
Bundesrepublik Deutschland
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland,

jedoch nicht weiter als bis zum Schnittpunkt der 100-Seemeilengrenze westlich Jütland mit der 50-Seemeilengrenze vor der Küste Norwegens.

c) **Die Atlantische Zone**

Die Atlantische Zone wird von einer Linie begrenzt, die wie folgt verläuft:

Von einem Punkt auf dem Meridian von Greenwich, der 100 Seemeilen nord-nord-östlich von den Shetlandinseln liegt; von dort in westlicher Richtung entlang dem 64. Breitenparallel bis 10° West und dann weiter zu den Punkten

60° N	14° W,
54°30' N	30° W,
44°20' N	30° W,
48° N	14° W,

thence eastwards along the 48th parallel to a point of intersection with the 50-mile zone off the coast of France.

Provided that in relation to voyages which do not extend seawards beyond the Atlantic Zone as defined above, and which are to ports not provided with adequate facilities for the reception of oily residue, the Atlantic Zone shall be deemed to terminate at a distance of 100 miles from land.

(d) **The Australian Zone**

The Australian Zone shall extend for a distance of 150 miles from the coasts of Australia, except off the north and west coasts of the Australian mainland between the point opposite Thursday Island and the point on the west coast at 20° south latitude.

(2) Subject to paragraph (3) of this Annex the prohibited zones in relation to ships other than tankers shall be all sea areas within 50 miles from land with the following exceptions:—

(a) **The Adriatic Zones**

Within the Adriatic Sea the prohibited zones off the coasts of Italy and Yugoslavia respectively shall each extend for a distance of 20 miles from land, excepting only the island of Vis. After the expiration of a period of three years following the application of prohibited zones to ships other than tankers in accordance with paragraph (2) of Article III the said zones shall each be extended by a further 30 miles in width unless the two Governments agree to postpone such extension. In the event of such an agreement the said Governments shall notify the Bureau accordingly not less than three months before the expiration of such period of three years, and the Bureau shall notify all Contracting Governments of such agreement.

(b) **The North Sea and Atlantic Zones**

The North Sea and Atlantic Zones shall extend for a distance of 100 miles from the coasts of the following countries:—

Belgium,
Denmark,
the Federal Republic of Germany,
Ireland,
the Netherlands,
the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,

but not beyond the point where the limit of a 100-mile zone off the west coast of Jutland intersects the limit of the 50-mile zone off the coast of Norway.

et de là vers l'Est en suivant le 48ème parallèle jusqu'au point d'intersection de la limite de la zone de 50 milles au large de la côte française.

Pour les trajets effectués à l'intérieur de cette zone atlantique, telle qu'elle est définie ci-dessus, et lorsque les navires ont pour destination un port qui ne dispose pas d'installations adéquates pour la réception des déchets d'hydrocarbures, la limite de la zone d'interdiction atlantique sera toutefois reportée à 100 milles de terre.

(d) **La Zone Australienne**

La zone australienne s'étendra sur une largeur de 150 milles à partir des côtes d'Australie à l'exception de la partie des côtes Nord et Ouest du Continent australien comprise entre le point situé en face de l'île de Jeudi et le point de la côte Ouest situé à 20° de latitude Sud.

(2) Sous réserve des dispositions du paragraphe (3) de la présente Annexe, les zones d'interdiction, pour les navires autres que les navires-citerne, seront constituées par toutes les étendues de la mer situées à moins de 50 milles de terre, sauf exceptions ci-après:

(a) **Les Zones de l'Adriatique**

Dans la Mer Adriatique, les zones d'interdiction situées respectivement au large des côtes d'Italie et de Yougoslavie s'étendront chacune sur une largeur de 20 milles à partir de la terre à la seule exception de l'île de Vis. A l'expiration d'une période de trois ans suivant la date de mise en vigueur de la présente Convention, la largeur de cette zone sera augmentée de 30 milles à moins que les deux Gouvernements ne s'entendent pour remettre cette opération à une date ultérieure. Au cas où ils se mettraient ainsi d'accord, les deux Gouvernements en donneront la notification au Bureau trois mois au moins avant l'expiration de la période de trois ans. Le Bureau donnera connaissance de cet accord à tous les Gouvernements contractants.

(b) **Les Zones de la Mer du Nord et de l'Atlantique**

Les Zones de la Mer du Nord et de l'Atlantique s'étendront sur une distance de 100 milles à partir des côtes des pays suivants:

Belgique
Danemark
République Fédérale d'Allemagne
Irlande
Pays-Bas
Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,

mais elles ne s'étendront pas au delà du point d'intersection de la limite de la zone de 100 milles au large de la côte occidentale du Jutland et de la limite de la zone de 50 milles au large de la côte de la Norvège.

weiter entlang des 48. Breitenparallels bis zum Schnittpunkt mit der 50-Seemeilengrenze vor der französischen Küste.

Führen die Reisen nicht über die Grenzen der Atlantischen Zone hinaus und sollen Häfen angelaufen werden, die nicht mit geeigneten Auffanganlagen für Ölrückstände ausgerüstet sind, so endet die Atlantische Zone bei einer Landentfernung von 100 Seemeilen.

d) **Die Australische Zone**

Die Australische Zone erstreckt sich bis zu einer Landentfernung von 150 Seemeilen, mit Ausnahme des Gebietes vor der Nord- und Westküste des australischen Festlandes zwischen dem Punkt gegenüber der Thursday-Insel und dem Schnittpunkt des 20. Breitenparallels mit der westaustralischen Küste.

(2) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 3 umfassen die Verbotszonen für Nichttanker alle Seegebiete in einer Breite von 50 Seemeilen von Land aus mit folgenden Ausnahmen:

a) **Die Adriatischen Zonen**

Innerhalb des Adriatischen Meeres erstrecken sich die Verbotszonen entlang der Küsten von Italien und Jugoslawien bis zu einer Landentfernung von 20 Seemeilen mit Ausnahme der Insel Vis. Nach Ablauf eines Zeitraums von drei Jahren nach Inkrafttreten der Vorschriften für Nichttanker gemäß Artikel III Abs. 2 sind diese Zonen um weitere 30 Seemeilen zu verbreitern, sofern nicht beide Regierungen vereinbaren, von einer solchen Verbreiterung zunächst abzusehen. Wird eine solche Vereinbarung getroffen, so haben beide Regierungen dem Büro spätestens drei Monate vor Ablauf dieses Zeitraums von drei Jahren eine entsprechende Mitteilung zugehen zu lassen; das Büro hat alle Vertragschließenden Regierungen von dieser Vereinbarung in Kenntnis zu setzen.

b) **Nordseezone und Atlantische Zone**

Die Nordseezone und die Atlantische Zone erstrecken sich bis zu einer Landentfernung von 100 Seemeilen vor den Küsten folgender Staaten:

Belgien
Dänemark
Bundesrepublik Deutschland
Irland
Niederlande
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland,

jedoch nicht weiter als bis zu dem Schnittpunkt der 100-Seemeilengrenze westlich Jütland mit der 50-Seemeilengrenze vor der Küste Norwegens.

(3)—(a) Any Contracting Government may propose:—

(i) the reduction of any zone off the coast of any of its territories;

(ii) the extension of any such zone to a maximum of 100 miles from any such coast,

by making a declaration to that effect and the reduction or extension shall come into force after the expiration of a period of six months after the declaration has been made, unless any one of the Contracting Governments shall have made a declaration not less than two months before the expiration of that period that its interests are affected either by reason of the proximity of its coasts or by reason of its ships trading in the area, and that it does not accept the reduction or extension, as the case may be.

(b) Any declaration under this paragraph shall be made by a notification in writing to the Bureau which shall notify all Contracting Governments of the receipt of the declaration.

(3)—(a) Tout Gouvernement contractant pourra proposer

(i) la réduction de toute zone au large de la côte d'un quelconque de ces territoires;

(ii) l'extension de toute zone jusqu'à une largeur maximum de 100 milles à partir d'une des dites côtes,

en faisant une déclaration à cet effet. La réduction ou l'extension entrera en vigueur à l'expiration d'une période de six mois après la déclaration, à moins que l'un quelconque des Gouvernements contractants ne fasse, deux mois au moins avant l'expiration de ladite période, une déclaration stipulant que ses intérêts sont affectés, soit en raison de la proximité de ses côtes, soit en raison de l'activité de ses navires marchands dans les parages en question, et qu'il n'accepte pas la réduction ou l'extension, suivant le cas.

(b) Toute déclaration prévue par ce paragraphe sera notifiée par écrit au Bureau qui avisera tous les Gouvernements contractants de la réception de celle-ci.

(3) a) Jede Vertragschließende Regierung kann durch Abgabe einer entsprechenden Erklärung vorschlagen,

(i) jede vor der Küste eines ihrer Gebiete gelegene Zone einzuschränken,

(ii) jede derartige Zone bis auf höchstens 100 Seemeilen Landentfernung zu erweitern.

Die vorgeschlagene Einschränkung oder Erweiterung tritt sechs Monate nach Abgabe der Erklärung in Kraft, sofern nicht eine der Vertragschließenden Regierungen spätestens zwei Monate vor Ablauf dieses Zeitraums erklärt, daß ihre Interessen entweder wegen der Nähe ihrer Küsten oder wegen des eigenen Schiffsverkehrs in dem betreffenden Gebiet berührt sind und daß sie der Einschränkung oder Erweiterung nicht zustimmt.

b) Jede Erklärung auf Grund dieses Absatzes ist dem Büro schriftlich zur Kenntnis zu bringen, das seinerseits alle Vertragschließenden Regierungen von dem Eingang der Erklärung in Kenntnis zu setzen hat.

ANNEX B

Form of Oil Record Book

I.—For tankers

Date of entry					
(a) **Ballasting of and discharge of ballast from cargo tanks**					
1. Identity numbers of tank(s)					
2. Type of oil previously contained in tank(s)					
3. Date and place of ballasting					
4. Date and time of discharge of ballast water					
5. Place or position of ship					
6. Approximate amount of oil-contaminated water transferred to slop tank(s)					
7. Identity numbers of slop tank(s)					
(b) **Cleaning of cargo tanks**					
8. Identity numbers of tank(s) cleaned ...					
9. Type of oil previously contained in tank(s)					
10. Identity numbers of slop tank(s) to which washings transferred					
11. Dates and times of cleaning					
(c) **Settling in slop tank(s) and discharge of water**					
12. Identity numbers of slop tank(s)					
13. Period of settling (in hours)					
14. Date and time of discharge of water ...					
15. Place or position of ship					
16. Approximate quantities of residue					
(d) **Disposal from ship of oily residues from slop tank(s) and other sources**					
17. Date and method of disposal					
18. Place or position of ship					
19. Sources and approximate quantities ...					

.....
Signature of Master

.....
Signature of Officer or Officers in charge of the operations concerned

II.—For ships other than tankers

Date of entry					
(a) **Ballasting, or cleaning during voyage, of bunker fuel tanks**					
1. Identity number of tank(s)					
2. Type of oil previously contained in tank(s)					
3. Date and place of ballasting					
4. Date and time of discharge of ballast or washing water					

Date of entry					
5. Place or position of ship					
6. Whether separator used: if so, give period of use					
7. Disposal of oily residue retained on board					
(b) **Disposal from ship of oily residues from bunker fuel tanks and other sources**					
8. Date and method of disposal					
9. Place or position of ship					
10. Sources and approximate quantities ...					

Signature of Master

Signature of Officer or Officers in charge of the operations concerned

III.—For all ships

Date of entry					
Accidental and other exceptional discharges or escapes of oil					
1. Date and time of occurrence					
2. Place or position of ship					
3. Approximate quantity and type of oil					
4. Circumstances of discharge or escape and general remarks					

Signature of Master

Signature of Officer or Officers in charge of the operations concerned

ANNEXE B

Registre des hydrocarbures

I.—Navires-Citerne

Date d'inscription					
(a) **Lestage et rejet des eaux de lest des citernes de cargaison**					
1. Numéro d'ordre de la (des) citerne(s) ..					
2. Nature de l'hydrocarbure précédemment contenu dans la (les) citerne(s) ..					
3. Date et lieu des opérations de lestage					
4. Date et heure du rejet de l'eau de lest					
5. Emplacement ou position du navire ...					
6. Quantité approximative d'eau polluée transférée dans la (les) citerne(s) de décantation					
7. Numéro d'ordre de la (des) citerne(s) de décantation					
(b) **Nettoyage des citernes de cargaison**					
8. Numéro d'ordre de la (des) citerne(s) nettoyée(s)					
9. Type d'hydrocarbure précédemment contenu dans la (les) citerne(s)					
10. Numéro d'ordre de la (des) caisse(s) de décantation dans laquelle (lesquelles) les eaux de nettoyage ont été transférées					
11. Dates et heures du nettoyage					
(c) **Dépôt dans la (les) citerne(s) et rejet de l'eau**					
12. Numéro d'ordre de la (des) citerne(s) de décantation					
13. Durée du dépôt (en heures)					
14. Date et heure du rejet de l'eau					
15. Emplacement ou position du navire ...					
16. Quantité approximative de résidus					
(d) **Rejet par le navire des résidus d'hydrocarbure des citernes de décantation et d'autres origines**					
17. Date et procédé du rejet					
18. Emplacement ou position du navire ...					
19. Origines et quantités approximatives ..					

.....
Signature du Capitaine du navire

.....
Signature de l'Officier ou des Officiers responsables des opérations en question

II.—Autres navires

Date d'inscription					
(a) **Lestage ou nettoyage en cours de traversée des soutes à combustible**					
1. Numéro d'ordre de la (les) soute(s)					
2. Nature de l'hydrocarbure précédemment contenu dans la soute (les soutes)					
3. Date et lieu du lestage					
4. Date et heure du rejet des eaux de lest ou de nettoyage					

Date d'inscription					
5. Emplacement ou position du navire ...					
6. Le cas échéant, durée d'utilisation du séparateur					
7. Déchargement des résidus d'hydrocarbure conservés à bord					
(b) **Rejet par le navire des résidus d'hydrocarbure des soutes à combustible et d'autres origines**					
8. Date du rejet et moyen utilisé					
9. Emplacement ou position du navire ...					
10. Origines et quantités approximatives ..					

.....
Signature du Capitaine du navire

.....
Signature de l'Officier ou des Officiers responsables des opérations en question

III.—S'applique a tous les navires

Date d'inscription					
Rejet ou déversement accidentels ou exceptionnels d'hydrocarbures					
1. Date et heure du rejet ou du déversement					
2. Emplacement ou position du navire					
3. Quantité approximative et nature de l'hydrocarbure					
4. Circonstances du rejet ou du déversement et remarques générales					

.....
Signature du Capitaine du navire

.....
Signature de l'Officier ou des Officiers responsables des opérations en question

ANHANG B

Muster eines Öltagebuches

I. Für Tanker

Datum der Eintragung					
(a) **Füllen der Ladetanks mit Ballastwasser bzw. Lenzen des Ballastwassers**					
1. Kennziffern der Tanks					
2. Ölsorte, mit der die Tanks vorher gefüllt waren					
3. Datum und Ort der Füllung mit Ballastwasser					
4. Datum und Zeit des Lenzens von Ballastwasser					
5. Schiffsort					
6. Ungefähre Menge des ölverschmutzten Wassers, das in die Setztanks gepumpt wurde					
7. Nummern der Setztanks					
(b) **Reinigung der Ladetanks**					
8. Kennziffern der gereinigten Ladetanks .					
9. Ölsorte, mit welcher die Tanks vorher gefüllt waren					
10. Kennziffern der Setztanks, in welche das Tankwaschwasser gepumpt wurde .					
11. Datum und Zeit der Reinigung					
(c) **Absetzen in Setztanks und Lenzen von Wasser**					
12. Kennziffern der Setztanks					
13. Setzdauer (in Stunden)					
14. Datum und Zeit des Lenzens von Wasser					
15. Schiffsort					
16. Ungefähre Menge der Rückstände					
(d) **Abgabe von Ölrückständen des Schiffes aus Setztanks und sonstigen Sammelstellen**					
17. Datum und Art der Abgabe					
18. Schiffsort					
19. Sammelstellen des Schiffes und ungefähre Mengen					

..... Unterschrift des Kapitäns

..... Unterschrift der verantwortlichen Offiziere

II. Für Nichttanker

Datum der Eintragung					
(a) **Füllen der Bunkeröltanks mit Ballastwasser bzw. deren Reinigung während der Reise**					
1. Kennziffern der Tanks					
2. Ölsorte, mit welcher die Tanks vorher gefüllt waren					
3. Datum und Ort der Füllung mit Ballastwasser					
4. Datum und Zeit des Lenzens von Ballast- oder Tankwaschwasser					
5. Schiffsort					

Datum der Eintragung					
6. Falls Separatoren verwendet wurden, Angabe der Dauer ihrer Betriebszeit ...					
7. Abgabe von an Bord verbliebenen Ölrückständen					
(b) **Abgabe von Ölrückständen des Schiffes aus Bunkeröltanks und sonstigen Sammelstellen**					
8. Datum und Art der Abgabe					
9. Schiffsort					
10. Sammelstellen und ungefähre Mengen					

....

Unterschrift des Kapitäns — Unterschrift der verantwortlichen Offiziere

III. Für alle Schiffe

Datum der Eintragung					
Ungewolltes oder durch außergewöhnliche Umstände verursachtes Ablassen oder Auslaufen von Öl					
1. Datum und Zeit des Vorfalles					
2. Schiffsort					
3. Ungefähre Menge und Sorte des Öls					
4. Umstände, die zum Ablassen oder Auslaufen führten und allgemeine Bemerkungen					

....

Unterschrift des Kapitäns — Unterschrift der verantwortlichen Offiziere

Bundesdruckerei Bonn 6679 1. 56